



Rede von Carsten Preuß, Bürgermeisterkandidat für die Stadt Zossen, auf der 3. Tagung des 2. Kreisparteitages der LINKEN Teltow-Fläming

Dezentrale Energiewirtschaft – gute Chancen für ein kommunales Engagement

Bezahlbare und ökologische Energieversorgung gewährleisten

Es geht nicht mehr um die Frage “fossile Energieträger oder Atomstrom versus erneuerbare Energien” – der energetische Umbau ist unstrittig – es geht um die Frage zentral oder dezentral, um die Verteilung des Stroms, um die künftige Struktur der Energieversorgung und um die Frage, was kostet das?

Aber: Auch beim Ausbau der erneuerbaren Energien ist längst nicht alles im „grünen Bereich“. Die Erzeugung von Ökostrom ist gut, aber nicht überall: Auch erneuerbare Energien haben ihre Grenzen. Bereits im Jahr 2009 wurden im Land Brandenburg ca. 11,7 TWh Strom aus Erneuerbaren Energien erzeugt, davon 7,2 TWh durch Windenergie. Der jährliche Energieverbrauch in Brandenburg beläuft sich auf durchschnittlich etwa 14,5 TWh Strom. Die Windkraftnutzung soll bis zum Jahr 2010 auf über 15 TWh ausgebaut werden. Das bedeutet eine Verdopplung der Leistung! Mittlerweile erzeugen aber schon über **2.900** Windräder Strom in Brandenburg. Eine Verdopplung hat Folgen auch für Mensch und Natur.

- Planerische Steuerung -

Hier muss steuernd eingegriffen werden. Da sieht die Realität jedoch nicht so gut aus. Bisher konnten Windkraftinvestoren in der Region Havelland-Fläming ihre Anlagen nur in besonderen Eignungsgebieten aufstellen. Diese Flächen waren im Regionalplan Havelland-Fläming – Sachlicher Teilplan “Windenergienutzung” von 2004 festgelegt. Allerdings wurde dieser Regionalplan vom Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg wegen Abwägungsmängeln für unwirksam erklärt. In der Folge können Windkraftanlagen nun auch außerhalb der bestehenden Eignungsgebiete genehmigt werden. Damit ist der von vielen gefürchtete Wildwuchs von Windkraftanlagen, der durch den Regionalplan eigentlich verhindert werden sollte, nicht mehr ausgeschlossen. Die betroffenen Einwohner haben derzeit auch nur wenige Möglichkeiten, eigene Belange in Genehmigungsverfahren einzubringen.

Um das zu ändern, haben wir in Zossen einen Beschlussantrag eingebracht, mit dem die Stadt die planerische Steuerung von Windenergieanlagen selbst vornimmt. Kommunen können mit den Möglichkeiten, die sich aus der kommunalen Planungshoheit ergeben, auf die Standorte von Windeignungsgebieten Einfluss nehmen. Durch die positive Ausweisung sogenannter „*Konzentrationszonen für die Windenergienutzung*“ kann das restliche Gemeindegebiet von Windkraftanlagen freigehalten werden.

Dies kann beispielsweise durch die Aufstellung eines sachlichen Teilflächennutzungsplanes „Windenergie“ erfolgen. Dabei sollen die Vorstellungen der einzelnen Ortsteile einbezogen werden. Auch die Einwohnerinnen und Einwohner können und sollen bei der Entscheidung für oder gegen ein Windeignungsgebiet stärker einbezogen werden.

Die Nutzung erneuerbarer Energie ist unbestritten wichtig. Bei Standortentscheidungen ist jedoch der Bürgerwille zu berücksichtigen, damit die Akzeptanz der erneuerbaren Energien nicht aufs Spiel gesetzt wird.

- Netzprobleme -

Wie ist die Situation im Landkreis Teltow-Fläming? Die verbrauchte Strommenge im Landkreis liegt bei etwa 1,152 TWh. Mit der 2009 installierten Leistung aus regenerativer Energie im Landkreis Teltow-Fläming (Biomasse, Biogas, Solar, Wind) könnten 0,983 TWh Strom erzeugt werden. Das sind 85 % des verbrauchten Stromes.

Tatsächlich werden aber nur 0,594 TWh aus regenerativer Energieanlagen in das Netz eingespeist. Das sind 51,6 % des verbrauchten Stromes. Die Differenz basiert auf nicht abgerufener Energie aus Wind durch Abschaltung der Anlagen aus Netzkapazitätsgründen. Das Problem liegt momentan also nicht bei der Zahl der Windkraftanlagen, sondern beim Stromnetz.

Neben der fehlenden planerischen Steuerung der Windkraftanlagen und den Problemen mit der Netzkapazität möchte ich auch auf ein weiteres Problem aufmerksam machen.

- Problem Großprojekte -

Nachteile durch den Ausbau regenerativer Energien können sich insbesondere auch aus Großprojekten ergeben. Großprojekte wie z. B. Desertec oder Off-Shore-Windparks sind mit einer Reihe von Nachteilen verbunden. Solche Projekte setzen die bestehenden zentralen Großkraftwerksstrukturen fort. Notwendig werden damit beispielsweise neue Überlandleitungen von Tausenden von Kilometern, was wiederum Auswirkungen auf die Stromkostenentwicklung hat.

Wie könnte unter Einbeziehung eines kommunalen Engagements die Lösung aussehen?

Auf neue Überlandleitungen kann weitgehend verzichtet werden, wenn der Strom künftig dezentral erzeugt und verbraucht, und wenn der schwankende Strombedarf durch so genannte Kombikraftwerke und smart grids (intelligentes Stromnetz) geregelt würde. Kommunale Energiewerke sind daher unverzichtbar und werden den Anforderungen an eine sichere und bezahlbare Stromversorgung mit erneuerbaren Energien besser gerecht als die bisherige Kraftwerks- und Netzstruktur.

Eine dezentrale und kommunale Energieversorgung ist die Alternative zur teuren "Stromdiktatur" in Deutschland.

Gegenwärtig, gibt es viele Beispiele, bei denen Städte neue Stadtwerke gründen oder Überlegungen in diese Richtung anstellen.

In Zossen sind die Konzessionsverträge für Gas und Strom zwar gerade erst verlängert worden, dennoch sollten Kommunen rechtzeitig anfangen, Überlegungen für eigene Stadtwerke anzustellen bzw. über eine Beteiligung an anderen Stadtwerken oder an Kreisenergiewerken nachzudenken. Ziel ist es, Möglichkeiten zur Erzeugung und zum Vertrieb von Energie durch ein stärkeres kommunales Engagement zu gewährleisten. Damit können Klimaschutzziele schneller und flexibler erreicht werden.

Auf meinen Vorschlag hin wurde das Dach der Grundschule Zossen mit Photovoltaikanlagen bestückt. Das geschah durch eine Verpachtung der Dachflächen. Bei künftigen Investitionen oder bei der Sanierung von Heizungsanlagen in öffentlichen Gebäuden wird geprüft, ob im Zuge der energetischen Gebäudesanierung auch Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung, Photovoltaikanlagen, etc. installiert werden können. Solche Anlagen könnten künftig auch durch ein kommunales Energieunternehmen errichtet und betrieben werden. Durch Einsparungen erzielte „Gewinne“ werden für weitere energetische Maßnahmen reinvestiert. Möglich ist aber auch der Bau und Betrieb eigener Anlagen zur Energieerzeugung. So könnte durch ein kommunales Energiewerk beispielsweise auch ein Solarpark errichtet und betrieben werden. Flächen hierfür gibt es noch in der ehemaligen Militärstadt Wünsdorf.

Die Fa. BELELECTRIC Solarkraftwerke GmbH errichtet in Zossen, im OT Wünsdorf-Waldstadt auf einer 16 ha großen Fläche derzeit eine Photovoltaikanlage mit einer installierten Anlagenleistung von acht MWp. Die Fläche ist eine militärische Konversionsfläche, auf der in den letzten Jahren die alten Gebäude abgerissen wurden und eine Munitionsberäumung durchgeführt wurde. Insgesamt werden ca. 17 Mio. € investiert. Die Kosten sollen sich in etwa zwölf Jahren amortisiert haben. Die Lebensdauer der Anlage wird über 20 Jahre betragen. Mit dieser Anlage können etwa 8.000 Einwohner mit Elektrizität versorgt werden.

tät versorgt werden. Damit wird ein nachhaltiger Beitrag zum Klimaschutz geleistet. Zusammen mit den vier Windkraftanlagen auf den Zossener Mühlenbergen könnten rein rechnerisch alle Einwohner der Stadt mit regenerativem Strom versorgt werden. Solche Projekte könnte auch die Stadt Zossen im Konversionsgebiet Wünsdorf mit eigenen Stadtwerken realisieren.

Die Angebote der Stadtwerke sollen zudem aber auch Dienstleistungen wie Beratung etc. umfassen. Denn eine Bürgerberatung zu technischen Fragen und Förderprogrammen kann das private Engagement für eine klimafreundliche und unabhängige Energieversorgung mit erneuerbaren Energien fördern.

Der Rückkauf der Strom- und Gasnetze kann als Fernziel eine sinnvolle Option für die Stadt sein. Damit könnten wirtschafts- und umweltpolitische Zielsetzungen ebenso umgesetzt werden wie die Sicherung von Wertschöpfung in der Region. Für die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt soll damit eine bezahlbare Energieversorgung gewährleistet werden.

- Fachkräfteproblem -

Eigene Stadtwerke zu gründen ist jedoch nicht unproblematisch, weil keine Kommune über die erforderlichen Fachkräfte verfügt. Für den Entscheidungsfindungsprozess und für die Analyse muss sich die Kommune Hilfe holen. Wer sich für die Gründung eigener Stadtwerke stark macht, muss in der Energiewirtschaft mitreden können. Selten verfügen die kommunalen Parlamente über die erforderliche Kompetenz. Das aber ist eine wichtige Voraussetzung, um ein kommunales Werk von Anfang an effizient führen zu können.

Es gilt im Einzelfall zu prüfen, was für die Stadt die beste Lösung ist: Die Fortsetzung des Status Quo, die Gründung eigener Stadtwerke, eine Kooperation mit den Stadtwerken benachbarter Städte oder die Gründung eigener Stadtwerke unter Einbeziehung weiterer Partner.

- Investitionen -

Der Kauf eines Stromnetzes durch die Kommunen - als ein mögliches Ziel - erfordert zudem hohe Investitionen. Es kommt entscheidend auf den Kaufpreis des Netzes an, denn der ist wichtig für die Rentabilität. Hinzu kommt, dass sich auch Kunden für einen Wechsel zu den Stadtwerken entscheiden müssten.

Letztendlich gilt es die Lösung für die Stadt zu finden, die den größten finanziellen Mehrwert bringt. Der Grund liegt einerseits in den Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes, als auch in der Argumentation gegenüber der Kommunalaufsicht. Die genehmigt nur die Lösung, die für die Stadt etwas bringt.

Für ein stärkeres kommunales Engagement zur Schaffung dezentraler Strukturen in der Energiewirtschaft kommt es auch auf die Politik an. Sie muss durch rechtliche Rahmenbedingungen die Möglichkeiten für eine dezentrale Energiewirtschaft und für ein stärkeres Engagement der Kommunen verbessern.